

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 5

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

GRÜNES LICHT FÜR DIE BILATERALEN VERTRÄGE

Zur bevorstehenden Abstimmung über die bilateralen Verträge scheint alles gesagt worden zu sein. Eine ernst zu nehmende Opposition ist zumindest öffentlich nicht sichtbar, und dem latenten Potential an Neinsagern – aus Prinzip oder aus unterschiedlichsten sachlichen Befürchtungen – steht offenbar eine ansehnliche Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, die aus nüchterner Abwägung von Vor- und Nachteilen zum Schluss gekommen ist, dass den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in einem konkurrenzstarken europäischen Umfeld mit diesem Vertragswerk am besten gedient sei. Mit einer frühzeitig lancierten und umfassend orchestrierten Informationskampagne haben der Bundesrat, die grossen Wirtschaftsverbände und die Parteien ein sachliches Fundament für die Meinungsbildung errichtet, das – anders als 1992 – kaum mehr Raum lässt für unberechenbare emotionale Verunsicherungsappelle.

Konsequent haben Bundesrat und Parlament es auch vermieden, die kontroversen Fragen der weiteren Annäherung an die Europäische Union mit dieser begrenzten und überblickbaren Vorlage zu verknüpfen. Zwar musste nochmals die Behandlung einer Volksinitiative zeitlich strapaziert werden. Das haben die Initianten, die sich nicht damit begnügten, mit der Forderung nach einem Beitritt zur EU «Dampf zu machen», sondern den Bundesrat mit dem «Subito-Befehl» auch gleich noch in seiner unverzichtbaren Verhandlungskompetenz einschränken wollten, sich jedoch selbst zuzuschreiben. Dieser Zumutung hätte man eigentlich rasch mit einem dezidierten Nein den Riegel schieben können. Aber man fürchtete die politischen Signale, die sich daraus hätten herauslesen lassen.

So wird man sich denn nach geschlagener Schlacht unbelasteter mit der Frage allfälliger weiterer Schritte in der Integrationspolitik befassen können. Zunächst wird man aber wohl mit den zu erwartenden Aufgaben und Problemen bei der Umsetzung der Verträge noch einiges zu tun haben. Sowohl beim freien Personenverkehr wie beim Verkehrsabkommen wird der Prozess auch Opfer und Belastungen mit sich bringen. Es ist durchaus realistisch, für deren Bewältigung einige Jahre in Rechnung zu stellen. Hinzu

kommen von den Verträgen nicht erfasste Dossiers, die bereits heute auf dem Tisch liegen, etwa im Asylbereich, wo die Schweiz ein Interesse an einem stärkeren Einbezug hat, oder bei den Finanzdienstleistungen und der Steuerharmonisierung, die innerhalb der EU, aber auch gegenüber Drittstaaten derzeit intensiv diskutiert werden.

Genügend Stoff jedenfalls für die Politik, deren Aufgabe das unermüdliche Bohren dicker Bretter ist. Wenig attraktiv andererseits für die Schlagwortindustrie und das politische Unterhaltungsgewerbe, die sich im Moment vorwiegend mit parteipolitischen und pseudohistorischen Schlammschlachten verlustieren. Das komplexe Ineinandergreifen von wirtschaftlichen und politischen Mechanismen, die sich hinter einem vieldeutigen Begriff wie «Globalisierung» verbergen, kann mit simplen ideologischen Rastern nicht mehr erfasst werden. Im europäischen Projekt sind auf der einen Seite rechtsstaatliche und demokratische Werte und marktwirtschaftliche Prinzipien gestärkt und gleichzeitig sozialstaatliche Standards und weiträumige wirtschaftliche Ausgleichsmechanismen ausgebaut worden. Das macht die Union so attraktiv für die vielen Beitrittskandidaten, deren forcierte Aufnahme ihren Schwung jedoch zu lähmen droht.

Die Schweiz wird gut daran tun, die künftige europäische Entwicklung sorgfältig zu beobachten und ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen ohne Minderwertigkeitsgefühle, aber auch ohne Überheblichkeit im Auge zu behalten. Sie wird dank der bilateralen Verträge in der Lage sein, in den wichtigsten Feldern der gegenseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten massgeschneidert und konkret die Zusammenarbeit zu erproben und diese aufgrund der Erfahrungen wenn nötig und möglich Schritt für Schritt weiter zu entwickeln, anzupassen und zu vertiefen. Die Schweiz hat Zeit gebraucht, um diesen national erprobten Pragmatismus auch auf internationaler Ebene umzusetzen und dafür eine breit abgestützte Basis im Volk zu finden. Nun bietet das Referendum jedoch eine treffliche Gelegenheit, Europa den Wert und die Verlässlichkeit eidgenössischer Demokratie vorzuführen. ♦

Stefana Sabin

GEGEN DIE THEORIEMÜDIGKEIT

Ein neuer Wissenschaftsverlag will mit Kultur- und Sozialtheorie eine Marktlücke füllen

Hatte man in den siebziger Jahren die Reform der Gesellschaft durch die Reform ihrer Theorie angestrebt, gab man in den achtziger Jahren die Theorie zugunsten eines Anwendungspositivismus auf. Seitdem feiert das Sachbuch grosse Erfolge. Das Sachbuch ist kein wissenschaftliches, sondern ein wissenschaftsvermittelndes Buch; sein Ziel ist nicht die kritische Diskussion wissenschaftlicher Probleme, sondern die allgemeinverständliche Darstellung wissenschaftlicher Entwicklungen. Diesem Trend zur erzählenden Wissenschaftsgeschichte und der allgemeinen Theoriemüdigkeit trugen die deutschsprachigen Verlage Rechnung, indem sie wissenschaftstheoretische Reihen auf Sparflamme setzten oder gar aufgaben und stattdessen neue Sachbuchreihen gründeten. Die Sparflamme, auf der das berühmte «suhrkamp taschenbuch wissenschaft» köchelte, hatten *Friedhelm Herborth* und *Horst Brühmann* erst noch hingenommen, ehe sie dann dem Suhrkamp Verlag 1998 kündigten. Jetzt stellen sie die ersten Bücher eines neuen Verlags vor, in dem sie das Wissenschaftsprogramm, das sie bei Suhrkamp gemacht hätten, weiterführen.

«Velbrück Wissenschaft» heisst der neue Verlag, den die zwei Ex-Suhrkamp-Lektoren im Bunde mit dem Göttinger «Wallstein»-Verleger *Thedel von Wallmoden* und *Andreas von Stedman*, dem die Velbrück-Versandbuchhandlung gehört, gegründet haben. Etwa zwanzig Titel pro Jahr sollen, so die Presseerklärung, die «*Ergebnisse spezialisierter Forschungen theoretisch verarbeiten*» und sich an eine «*wissenschaftliche Öffentlichkeit über die Grenzen von Fachdisziplinen hinaus*» wenden. «*Sozialwissenschaft für Juristen*» oder «*Rechtswissenschaft für Philosophen*» interessant zu machen, sagt *Horst Brühmann*, sei Ziel und Anspruch eines Programms, das Einzelstudien und Werkausgaben, Sammelbände und Monographien einschliesst. Der von *Wilhelm Krull* herausgegebene Band «*Zukunftstreit*», der die im Vorfeld der Expo 2000 stattfindenden Symposien dokumentiert, scheint thematisch und stilistisch symptomatisch für das Verlagsprogramm zu sein: Philosophen, Politologen, Ethnologen und Soziologen aus den Industrie- und Entwicklungsländern äussern sich zu der Frage, wie eine lebenswerte Zukunft aussehen kann und erörtern so verschiedene Probleme wie Klimawandel und Durchsetzung der Menschenrechte, Ressourcenschutz und Gentechnologie. Die Fragestellung des

«*Zukunftstreits*» ergänzt der andere, von *Wolfgang Kersting* herausgegebene Sammelband «*Politische Philosophie des Sozialstaats*», in dem anhand konkreter aktueller Gerechtigkeitsprobleme wie Gesundheitsversorgung oder Rentenversicherung das komplizierte Verhältnis von Ökonomie und Moral im Sozialstaat analysiert wird. Überhaupt scheinen die Bände dieses ersten Velbrückprogramms in einem Sinnzusammenhang zu stehen und verschiedene Aspekte einer – auch im 21. Jahrhundert weitergehenden – geistesgeschichtlichen Tradition vom «*Ursprung des postmodernen Denkens*» (*Peter Bürger*) über die «*Kritik der soziologischen Vernunft*» (*Klaus Wahl*) und eine «*Historisch-genetische Theorie der Kultur*» (*Günter Dux*) bis hin zur «*Transformation der Kulturtheorien*» (*Andreas Reckwitz*) zu untersuchen. Die Verwandtschaft zu «*stw*» wollen *Herborth* und *Brühmann* nicht verleugnen – ob der neue Verlag eine Konkurrenz zu Suhrkamp wird, muss sich erst zeigen.

Brühmann, *Herborth*, von *Wallmoden* und von *Stedman* sind gleichberechtigte Gesellschafter des neuen Unternehmens. Die Velbrück Versandbuchhandlung dient dem neuen Verlag als Lager, von dort aus sollen die Bücher auch vertrieben werden. Die Auslieferung an den Buchhandel, die Buchhaltung und die Pressearbeit werden von der Wallstein-Mannschaft in Göttingen übernommen, und in Göttingen wird auch gedruckt. Für das Programm sind *Herborth* und *Brühmann* verantwortlich, die an ihren Schreibtischen in Frankfurt lesen, lektorieren und dank *Desktop-Publishing* die Texte setzen. Auf postalischem und elektronischem Weg zwischen Frankfurt, Köln und Göttingen entsteht so ein vielversprechendes wissenschaftstheoretisches Verlagsprogramm, das die von den etablierten Verlagen hinterlassene Marktlücke füllen will.

Keiner der vier Gesellschafter zweifelt daran, dass es diese Marktlücke gibt. Als Motto für ihr Vorhaben könnte der Satz des Psychologen *Karl Bühler* gelten, von dem eine Werkausgabe vorbereitet wird: «*Es gibt nichts, was praktischer ist als eine gute Theorie.*» ♦

STEFANA SABIN, 1955 in Bukarest geboren, hat in Frankfurt, Haifa und Los Angeles studiert und mit einer literaturwissenschaftlichen Arbeit promoviert. Als freie Kulturkritikerin tätig, insbesondere für die NZZ und die FAZ.